



Das Jobcenter Oberhausen muss bei den Eingliederungshilfen sparen. Das sorgt für Kritik.

Foto: Fabian Strauch / Fabian Strauch / FUNKE Foto Services

Oberhausen. Die Kurbel und das ZAQ kritisieren die bekannt gewordenen Mittelkürzungen des Jobcenters Oberhausen. Die Probleme würden dadurch verstärkt.

Zwei soziale Träger des Oberhausener Arbeitsmarktes reagieren mit Kritik auf die bekannt gewordenen Mittelkürzungen des Jobcenters Oberhausen. Wie diese Redaktion berichtete, sinkt in diesem Jahr das Budget für Eingliederungshilfen. Der Geschäftsführer des Jobcenters, Uwe Weinand, hatte seine Mitarbeitenden in einem internen Schreiben darüber informiert. Die E-Mail liegt dieser Redaktion vor.

Die Mitarbeitenden reagierten irritiert auf den Sparkurs bei den Eingliederungshilfen. Die Kurbel und das Zentrum für Ausbildung und berufliche Qualifikation Oberhausen (ZAQ) teilen die Sorgen, schreiben die Geschäftsführer Uwe Beier (ZAG) und Franke Janßen (Kurbel). Es gehe eben nicht um ortsnahe Praktika und einen kosteneffizienteren Umgang, „sondern es geht um erhebliche Einschnitte in die aktive Arbeitsmarktpolitik in Oberhausen für langzeitarbeitslose Menschen im Jahr 2022“.

Maßnahmen sind besonders stark betroffen

Wie das Jobcenter erläuterte, stehen für Maßnahmen wie Weiterbildungen in diesem Jahr nur 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. ZAQ und Kurbel zufolge sinkt damit insgesamt das Budget um rund drei bis 3,3 Millionen Euro. Welche Folgen das hat? Hier zitieren die Geschäftsführer Beier und Janßen aus der Beiratssitzung des Jobcenters Anfang April: Demnach würden die Eintritte in Maßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen bei Bildungsträgern um 28 Prozent reduziert. Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen von Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheinen erführen eine Kürzung um 65 Prozent. Auch der Bereich der beruflichen Weiterbildung sei betroffen.

Das Jobcenter hatte zugegeben, dass sich die Kürzungen auf die Träger auswirken würden. Für das ZAQ bedeutet das konkret: 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze seien durch die Maßnahme-Kürzungen gefährdet.

„Kürzung verstärkt die Probleme“

„Gerade vor dem Hintergrund des zurückliegenden Corona-Lockdowns ist es notwendig, den langzeitarbeitslosen Menschen Unterstützungsleistung und echte Integrationschancen auf dem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe zu geben“, schreiben Beier und Jansen. „Eine Kürzung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstärkt die Probleme und verhindert die Teilhabe.“